

Linke Großfamilie

Koordinatenortung des Linksextremismus-Begriffs

Andreas Neumann und Mathilde Schäfer

Dietze, Sascha: Die Ideologie der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD). Münster: LIT-Verlag 2010, 123 Seiten, 19,95 €.

Bergsdorf, Harald Bergsdorf/van Hüllen, Rudolf: Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr. Zwischen Brandanschlag und Bundestagsmandat. Paderborn: Schöningh 2011, 200 Seiten, 24,90 €.

Feustel, Susanne/Stange, Jennifer/Strohschneider, Tom (Hrsg.): Verfassungsfeinde? Wie die Hüter von Denk- und Gewaltmonopolen mit dem „Linksextremismus“ umgehen. Hamburg: VSA Verlag 2012, 157 Seiten, 12,80 €.

Dovermann, Ulrich (Hrsg.): Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 1135), 2. Auflage, Bonn 2012, 319 Seiten, 4,50 €.

Seit geraumer Zeit – vor allem seit Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) und ihrem Bemühen, die Extremismusprävention stärker auch auf den sogenannten Linksextremismus zu fokussieren – wird darüber öffentlich gestritten. Ein großer Anteil an dieser Entwicklung kommt sicherlich der stark diskutierten und kritisierten „Extremismusklausel“ zu, die – so die Kritik – viele zivilgesellschaftliche, gegen rechts engagierte Akteure unter den Generalverdacht stelle, die freiheitlich demokratische Grundordnung abzulehnen. Überdies würden damit auch gute Kenner und mögliche Auskunftspersonen der sogenannten Linksextremisten verprellt, da gerade zivilgesellschaftliche Akteure im politischen Bereich häufig besser über Entwicklungen und Motive linksradikaler Sozialmilieus informiert seien als staatliche Sicherheitsapparate.¹

Bezüglich des Extremismusbegriffs wird gerade von der politischen Linken ange-mahnt, daß der Begriff des Extremismus eine ideologische demokratische Mitte der Gesellschaft mit extremistischen Rändern vorgaukele, die es so nicht gäbe. Vielmehr herrsche Extremismus auch in der „demokratischen“ Mehrheitsgesellschaft, was sich beispielsweise an rassistischen oder antisemitischen Vorurteilen im Alltag zeige. Dies ist der Grund, weshalb der Extremismusbegriff von vielen Sozialwissenschaftlern, engagierten Bürgern und letztlich auch von den als „Linksextremisten“ bezeichneten Personen und Gruppierungen sogar in Bezug auf den Rechtsextremismus abgelehnt wird. Ein weiterer Kritikpunkt an der Definition des Begriffs Extremismus ist die damit nicht nur sprachlich, sondern vor allem oft inhaltlich angenommene Gleichsetzung der (vermeintlich?) völlig unterschiedlichen ideologischen Phänomene Links- bzw. Rechtsextremismus. Zumal gerade die Szene, die dem Linksextremismus zugeordnet werden kann, äußerst heterogen und oftmals sogar in sich widersprüchlich erscheint. Allerdings muß hier darauf hingewiesen werden, daß in der öffentlichen Debatte häufig Vergleich mit Gleichsetzung verwechselt wird. So können überhaupt nur durch den Vergleich von Gegenständen, Phänomenen oder Sachverhalten die wirklichen Unter-

¹ Ähnlich in: Rossbach, Uwe, Was bleibt von der Linksextremismusprävention?. In: Journal für politische Bildung, 4/2012, S. 56–65, S. 57.

schiede festgestellt und aufgezeigt werden, was gerade nicht der Gleichsetzung, sondern vielmehr der Unterscheidung dient.

Den jüngsten Ausdruck der Kritik am Extremismusbegriff stellt die gemeinsam von der Linksjugend [‘solid] und der Grünen Jugend initiierte Internetaktion „Ich bin links-extrem“ dar.² Diese verfolge das Ziel, „dem Verfassungsschutz die restliche Arbeit ab[zunehmen]und [...] eine Plattform auf dem [sic!] man sich zu seinem persönlichen Linksextremismus bekennen kann[...]“ zu bieten.³ Diese wohl satirisch gemeinte Aktion und die daraus resultierenden Reaktionen aus dem konservativen Lager veranschaulichen ganz aktuell noch einmal das emotionale Konfliktpotential sowie die ideologische Komponente, die mit diesem Thema noch immer stark verbunden scheinen.⁴ Wenngleich die „Kampagne zum Extremismusquatsch“ unseres Erachtens berechtigte Kritikpunkte aufnimmt (Extremismusklausel, Eindimensionalität des Linksextremismusbegriffs), so schießt die Aktion dahingehend am Ziel vorbei, daß sie letztlich „Linksextremismus“ gesellschaftsfähig macht. Dazu gehört aber nicht nur das Einsetzen für eine „andere, bessere Welt“ und die Beendigung von Ausbeutung und Unterdrückung. Zur „guten linken Sache“ gehört auch die Auseinandersetzung mit Millionen von Toten und politischen Gefangenen des Sozialismus/Kommunismus. Letztere werden mit dieser Aktion verhöhnt.

Kritik wird auch immer wieder an der Hufeisentheorie von Backes und Jesse geäußert. Der Extremismusbegriff subsumiert ihrer Meinung nach die verschiedenen Strömungen vor allem des Links- und des Rechtsextremismus, indem er deren strukturelle Gemeinsamkeiten betont (sogenannte *definitio ex positivo*). Backes/Jesse folgend gehören dazu die Ablehnung oder Einschränkung tragender Elemente des demokratischen Verfassungsstaates wie Pluralismus, die Bejahung eines Freund-Feind-Denkens oder die Akzeptanz eines hohen Maßes an ideologischem Dogmatismus und an gesellschaftlicher Homogenität.⁵ Dem Vorwurf einer generellen Gleichsetzung der Einstellungen, Verhaltensweisen, Institutionen und Ziele von Links- und Rechtsextremismus verwehren sich Backes und Jesse jedoch vehement. Fundamentalere Unterschiede sei beim Linksextremismus das Streben nach einer sozial homogenen Gesellschaft, beim Rechtsextremismus dagegen das Streben nach einer ethnisch homogenen Gesellschaft.⁶ So stehen beide Extreme der demokratischen Mitte einander gegenüber und berühren sich doch gleichzeitig nicht. Veranschaulicht wird diese theoretische Unterscheidung von Links- und Rechtsextremismus durch das von Backes entworfene Hufeisen-Modell.⁷ Die Extreme nähern sich in dem Modell an, ohne sich jedoch dabei zu berühren. Die politische Linke erkennt darin eine Unterkomplexität. Des Weiteren ist es schwer, auf dieser, wenn auch gekrümmten Linie zum Beispiel den Islamismus zu verorten oder, wie Gero Neugebauer bemerkt, Marktradikalität, die im Extremfall auch

2 Ich bin linksextrem. Eine Kampagne zum Extremismusquatsch, URL: <http://linksextremistin.wordpress.de/>, Zugriff am 03.05.2013.

3 Grüne Jugend, PM: Linksextreme starten Outing-Aktion, URL: <http://www.gruenejugend.de/node/17335#gothere>, Zugriff am 03.05.2013.

4 Vgl.: Gröhe empört sich über Aufruf zu linksextremem Outing, Zeit vom 05.04.2013, URL: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2013-04/linksextremismus-aufruf-groeh>, Zugriff am 10.04.2013; zu beachten sind hier auch die mannigfaltigen Leserkommentare.

5 Vgl. Jesse, Eckhard: „Extremistische Parteien“ – Worin besteht der Erkenntnisgewinn?. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 47 (2008), S. 7–11, S. 8.

6 Vgl. Kailitz, Steffen: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik. Eine Einführung. Wiesbaden 2004, S. 16, S. 22 f.

7 Backes, Uwe: Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie. Opladen 1989, S. 252.

jegliche staatliche Strukturen ablehnt.⁸ Dies ist ein Problem, das jedes Modell aufweist, das eine strikte Trennung von demokratischer Mitte und extremistischen Rändern voraussetzt.

Unklar scheint zudem zu sein, welche Gruppierungen überhaupt dem linken Extremismus zugeordnet werden können oder sollten. So wird oft die Frage aufgeworfen, inwiefern der Großteil der von den Sicherheitsbehörden als gewaltbereit eingestuften Autonomen, die selbst von dem Verfassungsschutz nahestehenden Wissenschaftlern als oft relativ unpolitisch eingestuft werden, überhaupt als politische Aktivisten, geschweige denn als Linksextremisten angesehen werden können.⁹

Zuletzt muß hier – um einer möglichst kompakten Einführung in die Problematiken des Extremismusverständnisses gerecht zu werden – noch auf die unterschiedlichen Ansichten hinsichtlich des Begriffs hingewiesen werden, wie sie zwischen dem Verfassungsschutz nahestehenden Akteuren und vielen Sozialwissenschaftlern bestehen. Denn während für die ermittelnden Organe des Staats- und des Verfassungsschutzes feste Kriterien gelten, nach denen sie zu ermitteln haben, tut sich die Wissenschaft bis jetzt schwer, für den Extremismus aus dem linken Spektrum einheitlich anerkannte Kriterien zu erarbeiten. Gerade die am Grundgesetz orientierten Kriterien laufen jedoch ins Leere, sobald sich der zeitliche oder nationale Rahmen verändert. So könnte es in anderen Verfassungen durchaus andere Extremismuskriterien geben. Ebenso herrschen in anderen Zeiten andere gesellschaftliche und politische Verhältnisse, so daß staatskritisches Verhalten mit unterschiedlichen Maßstäben gewertet werden muß.¹⁰

Kritisch wird in diesem Zusammenhang zudem die zunehmende Einflußnahme der Verfassungsschutzorgane auf die politische Bildungsarbeit, zum Beispiel in Schulen, gesehen, da deren eigentliche Aufgabe die nachrichtendienstliche Erfassung von staatsgefährdenden Potentialen ist. Die politische Bildung hingegen obliegt eigentlich den dafür eingerichteten Landeszentralen bzw. der Bundeszentrale für politische Bildung¹¹, wengleich auch deren Aufklärungs- bzw. Präventionsprodukte mitunter bizarre oder sogar bedenkliche Formen annehmen können.¹² Als Beispiel für angemäßte Aufgaben des Verfassungsschutzes könnte, neben zahlreichen Projekten an Schulen, der bereits in drei Ausgaben erschienene „Andi-Comic“ dienen. Zuerst vom Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen (MIK NRW) entwickelt, hat schließlich auch der niedersächsische Verfassungsschutz die Comics übernommen und den niedersächsischen Verhältnissen angepaßt. Nach einer Erweiterung dieses „beliebtesten Comichelden für Demokratie und gegen Extremismus in Deutschland“ erschien der Andi-Comic bis jetzt in einer Gesamtauflage von über eine Million Exemplaren – und das deutschlandweit.¹³

8 Vgl. Neugebauer, Gero: Einfach war gestern. Zur Strukturierung der politischen Realität in einer modernen Gesellschaft. In: APuZ, 44/2010, S. 3–9, 4.

9 Vgl. Streitgespräch zum Thema Linksextremismus zwischen Prof. Richard Stöss und Prof. Uwe Backes, Moderation Prof. Hans-Gerd Jaschke. In: Dovermann, Ulrich (Hrsg.), Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 1135). Bonn 2012, S. 291–318, 306–309.

10 Ähnlich Jaschke, Hans-Gerd: Ideengeschichtliche Vorläufer eines linken Extremismus. In: ebd., S. 31–47, 45.

11 Vgl. Kohlstruck, Michael: Zur aktuellen Debatte um politische Gewalt in der Metropole Berlin. In: Expertisen für Demokratie, 2/2010, S. 14.

12 Vgl. Video „Ahnungslos - Was ist Extremismus“, URL: <http://www.youtube.com/watch?v=5PdHHiUq-1Y>, Zugriff am 19.06.2013, da es die Bundeszentrale nach heftiger Kritik von der eigenen Internetpräsenz genommen hat; vgl. Artikel: „Extrem missverständlich“, URL: <http://jetzt.sueddeutsche.de/texte/anzeigen/561148>, Zugriff am 19.06.2013.

13 Vgl. URL: <http://www.andi.nrw.de/>, Zugriff am 19.06.2013.

So unterschiedlich die einzelnen eingenommenen Standpunkte zum sogenannten Linksextremismus sind¹⁴, so vielfältig scheinen die Versuche, einzelnen Aspekten oder der Ganzheit des Phänomens Linksextremismus in der Fachliteratur gerecht zu werden. Exemplarisch sollen diesbezüglich vier verschiedene Veröffentlichungen diskutiert werden.

Einer stalinistischen Partei und gleichzeitig der drittgrößten zu Wahlen zugelassenen Partei des linksradikalen Spektrums widmet sich Sascha Dietze in seinem Buch *Die Ideologie der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD)*. Dietze beginnt seine Darstellung mit der Entstehung der MLPD, die ihren Ursprung in den K-Gruppen der 1970er-Jahre hat. Schon die Vorgängerorganisation, der Kommunistische Arbeiterbund Deutschlands (KABD), zeichnete sich durch eine fast autistisch anmutende Beschäftigung mit sich selbst und ihrer Ideologie aus. An stalinistische Säuberungen erinnernde Vorwürfe wie „Revisionismus“, „Trotzkismus“ oder „Opportunismus“ wurden zur inneren ideologischen Konsolidierung benutzt. Schließlich mußten „[...] insbesondere die Genossen kleinbürgerlicher Herkunft [...] beweisen, wieweit sie gewillt waren, sich umerziehen zu lassen[...]“. Dabei stand bzw. steht nicht das Studium der Klassiker des Marxismus-Leninismus im Vordergrund, sondern die ideologischen Ergüsse des ehemaligen Widerstandskämpfers und Chefideologen Willi Dickhut. Dickhut, der 1992 verstarb, arbeitete an 24 der bisher 31 erschienenen Ausgaben des „Revolutionären Wegs“ (RW) federführend mit, die bis heute unüberarbeitet herausgegeben werden. Da Dickhut sich lieber im Hintergrund hielt, wurde Stefan Engel bei der Parteigründung 1982 zum Parteivorsitzenden gewählt; eine Funktion, die er bis heute bekleidet. Dickhut wird noch heute wie ein gottgleicher Erlöser glorifiziert, ebenso wie Stalin und Mao. Dickhuts Geschichtsbild folgend, seien es gerade diese wahren Kommunisten gewesen, die der Menschheit einen riesigen Fortschritt beschert hätten. So habe der Kommunismus in der Sowjetunion bis zum Tode Stalins eine ausgezeichnete Entwicklung genommen. Erst die Bürokraten unter Chruschtschow hätten nach dem XX. Parteitag den Sozialismus entarten lassen und damit bewußt den Revisionismus des Kapitalismus in den sozialistischen Staaten forciert. Schließlich sei es Mao gewesen, der mit der Großen Kulturrevolution den richtigen Weg der proletarischen Denkweise eingeschlagen habe, bei der die revisionistischen und nur auf die eigenen Vorteile bedachten Bürokraten durch eine ständige Revolution im Denken der Menschen bekämpft worden seien. Aber auch in China hätte nach dem Tod des Großen Vorsitzenden mit Deng Xiao-ping die kleinbürgerliche Denkweise Einzug gehalten.

Dietzes Buch trägt viel Bekanntes zusammen, bietet für Interessierte, die sich mit der Szene beschäftigen, jedoch nicht viel Neues. So wäre es vielleicht sinnvoll gewesen, sich einmal mit dem Auftreten und der Erscheinung der MLPD in der Gegenwart zu beschäftigen. Beispielsweise wäre es möglich gewesen, ausführlicher auf das Verhältnis der Partei zu ihren Mitgliedern einzugehen, das sich teilweise in sektenähnlichen Ausprägungen zeigt. Nicht wenige MLPD-Mitglieder ziehen sich zugunsten der Partearbeit und des Parteilebens, etwa in speziellen Ferienlagern für MLPD-Mitglieder und –Sympathisanten, aus ihrem gewohnten sozialen Umfeld zurück. Speziell der Versuch der Partei, gesellschaftlichen Einfluß durch Unterwanderung von sozialen Bewegungen zu gewinnen, wäre eine Auseinandersetzung wert gewesen. Unberücksichtigt bleibt auch die Auseinandersetzung mit Organisationen, die vermeintlich altruistische

14 Obwohl wir uns der aufgeworfenen Probleme bezüglich des Linksextremismusbegriffs bewußt sind, werden wir ihn im Folgenden trotzdem aus Gründen der Einfachheit benutzen, bevor im abschließenden Teil noch einmal auf ihn einzugehen sein wird.

Ziele verfolgen und auf den ersten Blick nicht als parteinah zu erkennen sind.¹⁵ So hätte dem von der MLPD gezeichneten Bild mehr Tiefe verliehen werden können. Stattdessen wird nicht einmal auf den Aufhänger des Buches, die deutliche Ambivalenz zwischen geringem gesellschaftlichen Einfluß bei enormer finanzieller Ausstattung der MLPD, näher eingegangen – geschweige denn, daß dieser aufgelöst wird. Schade ist zudem, daß trotz des Studiums zahlreicher Primärquellen nicht näher auf den Demokratiebegriff der MLPD eingegangen wird. So ist zwar die Ausprägung bei anderen linksextremistischen Gruppierungen deutlich stärker, im Gegensatz zur parlamentarischen Demokratie eine „wahre“ oder „wirkliche“ Demokratie anzupreisen, aber vereinzelt erscheinen solche Aussagen auch in Druckerzeugnissen der MLPD. Dietze beläßt es leider bei dem Hinweis darauf, daß die MLPD ein identitäres Demokratieverständnis pflegt.

Am Ende des Buches drängt sich dem Leser der Eindruck auf, als ob der Autor von einem Rechtfertigungsbedürfnis getrieben wurde. So versucht Dietze, die Ideologie der MLPD zu entkräften, indem er die soziale Marktwirtschaft bzw. den Kapitalismus als überaus erfolgreich darstellt. „Gerade seit dem Zweiten Weltkrieg hat der Kapitalismus seine Anpassungs- und Veränderungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Das Wirtschaftswunder im westlichen Teil Deutschlands und der Aufbau der Sozialen Marktwirtschaft oder die noch bis in die achtziger Jahre anhaltenden positiven Folgen des New Deal in den USA sind Beweis, wie in Auseinandersetzung zwischen Staat und Wirtschaft große Erfolge für die Arbeiterschaft errungen wurden. In vielen anderen Ländern haben Wirtschaftsreformen und die antizyklische Wirtschaftspolitik gezeigt, daß Gesetze gegen die Interessen reicher Bürger und großer Unternehmer durchzusetzen waren.“ (S. 89) Staatliche Regulierungsmaßnahmen werden als Erfolgsgeschichte erzählt. Weder Verlierer des wirtschaftlichen Wettbewerbs noch die oftmals deutlich zutage tretenden Demokratiedefizite werden erwähnt. Zudem wirkt es doch etwas paternalistisch, wenn die Zugeständnisse an die Arbeitnehmer alleine auf den Verhandlungen des Staates mit den Wirtschaftsvertretern beruhen, von Arbeitnehmervertretern aber keine Rede ist. Es wird der Anschein erweckt, daß beispielsweise Gewerkschaften für derartige „demokratische“ Regulationen nicht vonnöten seien.

Ähnlich idealisierend wird die parlamentarische Demokratie in bezug auf ihre Toleranz dargestellt. „Indem die Menschen auf ein vielfältiges Angebot an Ideologien und Programmwürfen zurückgreifen können, kann dem demokratischen System niemals der Vorwurf gemacht werden, daß es bestimmte Meinungen nicht toleriere oder sie gar unterdrücke. Ob die MLPD es will oder nicht. Allein ihr Dasein legitimiert den freiheitlichen Verfassungsstaat und das Prinzip der Volkssouveränität.“ (S. 106) Auch wenn der Autor den Pluralismus mit Recht lobend hervorhebt, verkommt diese Aussage zur Phrase, wenn man die (in bestimmten Bereichen eventuell doch notwendige) Beschränkung der Meinungsfreiheit betrachtet oder sich vor Augen führt, daß Meinungsfreiheit nur indirekt mit dem großen Begriff der „Volkssouveränität“ in Zusammenhang steht. Diese hat mit jener eigentlich nur bedingt zu tun, wie man am aufgeklärten Preußen Friedrichs des Großen, in dem jedoch der an der Staatsräson orientier-

15 Beispielsweise weist die Bürgerbewegung für Kyro-Recycling, Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz e.V. eine gewisse Nähe zur MLPD auf. Zwar ist sie offiziell überparteilich und verfolgt dem Anschein nach Umweltinteressen, doch deutet Einiges darauf hin, dass sie der MLPD doch sehr nahe steht. Nicht nur, dass ihr im Vergleich zu anderen Umweltorganisationen relativ viel Platz bei den Berichterstattungen auf Rote-Fahne-news eingeräumt wird. Zusätzlich sprechen auch die Formulierungen in Flugblättern für eine deutliche Nähe zu einer marxistischen Weltanschauung. Zudem ist das Gründungs- und ehemalige Vorstandsmitglied Monika Gärtner-Engel stellvertretende Vorsitzende der MLPD. Ebenfalls gibt es im Vorstand der Bürgerbewegung Vertreter der MLPD-Jugendorganisation REBELL.

te absolutistische Monarch der Souverän war, durchaus nachvollziehen kann. Zu guter Letzt wäre die ganze, oben geleistete Einführung in die Extremismusproblematik sowie dieser Text als Ganzes überflüssig, gäbe es in der Bundesrepublik wirklich eine absolute Freiheit der Meinung.

Diese undifferenzierte Darstellung von Aspekten der Gesellschafts- und Wirtschafts- sowie Arbeits- und Sozialpolitik geht sicherlich an der Lebenswirklichkeit vieler Menschen vorbei. Sie wirkt wenig glaubwürdig und birgt nicht zuletzt deshalb Risiken und Gefahren. Denn ähnlich wie in dem in vielen Bereichen instrumentalisierten Staats-Antifaschismus der DDR könnten solche Erläuterungen das genaue Gegenteil ihres eigentlichen Ansinnens bewirken. Durch einen unvorsichtigen Umgang mit dieser sensiblen Thematik könnte die Abwendung vom Parlamentarismus und den Werten des Grundgesetzes ungewollt unterstützt werden. Moralisch bedenklich ist zudem, wenn der Autor zwar einräumt, daß die Globalisierung neben vielen positiven auch negative Folgen verursacht, aber schließlich erwähnt, daß die Globalisierung „ebenso den Wohlstand durch billige Warenimporte sichern geholfen“ (S. 96) habe. Humanistisch eingestellte Gutmenschen, die eventuell zur Radikalisierung neigen, wird man mit derlei Formulierungen sicherlich nicht von ihrem eingeschlagenen Weg abbringen. Andere wiederum könnten in solchen Aussagen den Versuch erkennen, die Minderbegüterten der reichen Industrienationen gegen die Arbeiter der Schwellen- und Dritte-Welt-Länder auszuspielen und auf diese Weise zu korrumpieren. Um dem zu entgehen, bedarf es eines offenen Umgangs gerade auch mit den vorhandenen Problemen und Fehlentwicklungen, seien sie wirtschaftlicher oder gesellschaftlicher Natur, damit an ihnen auch gearbeitet werden kann. Schon Winston Churchill¹⁶ und John F. Kennedy¹⁷, beide führende Verfechter des Modells der westlich-parlamentarischen Demokratie, räumten ein, daß diese durchaus Schwächen besitzt und gerade nicht perfekt ist. Wendet man Karl Rohes Begriff der „politischen Kultur“¹⁸ auf die Demokratie an, so werden jene Schwächen gerade durch kulturelle Diskussionen modifiziert. Demokratien haben damit an sich nichts Statisches, sondern unterliegen, eingebettet in die politische (Streit-)Kultur, einem „Prozess der permanenten Konstruktion und Reproduktion“¹⁹, welcher oftmals von linksextrem eingestellten Akteuren bestritten wird. Dies ist selbst dann der Fall, wenn die Entwicklungen eigentlich den von ihnen geforderten sozialen Fortschritten entsprechen, da das parlamentarische System, das es zu bekämpfen gilt, damit durch „Reformismus“ gestützt werde.

Dass aber auch den Sicherheitsbehörden nahestehende und damit dem Pluralismus verpflichtete Personen dazu tendieren können, der Demokratie zuzurechnende Einstellungen als linksextrem zu etikettieren, zeigt sich an dem Buch *Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr?*²⁰ von Harald Bergsdorf und Rudolf van Hüllen. Dabei

16 „Democracy is the worst form of government – except for all those other forms, that have been tried from time to time.“; Winston Churchill in einer Rede im Unterhaus am 11. November 1947; URL: <http://www.bundestagswahl-bw.de/demokratie0.html>, Zugriff am 19.06.2013.

17 „Freedom has many difficulties and democracy is not perfect, but we have never had to put a wall up to keep our people in, to prevent them from leaving us.“; Auszug aus Kennedys berühmter, vor dem Rathaus Schöneberg gehaltener Berlin-Rede vom 26. Juni 1963; URL: <http://www.dhm.de/ausstellungen/kennedy/berlinbesuch/schoeneberg/redenpop1.html>, Zugriff am 19.06.2013.

18 Vgl. Rohe, Karl: Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit. Konzeptionelle und typologische Überlegungen zu Gegenstand und Fragestellung Politischer Kulturforschung. In: Berg-Schlosser, Dirk/Schissler, Jakob: Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung (= Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 18). Opladen 1987, S. 39–47.

19 Vgl. Pesch, Volker: Handlungstheorie und Politische Kultur. Wiesbaden 2000, S. 87.

20 Das Landgericht Essen entschied in seiner Urteilsverkündung zu einer Klage der MLPD gegen den Ferdinand Schöningh-Verlag am 11.04.2013, daß zwei Passagen aus dem Buch von Bergsdorf und

wirkt nicht nur der Titel, sondern auch die Coverabbildung prophetisch für den zu erwartenden Inhalt. Es wird dem Betrachter ein Foto präsentiert, auf dem ausschließlich schwarzgekleidete und verummte Demonstranten, aller Wahrscheinlichkeit Angehörige des Schwarzen Blocks, zu sehen sind. Nicht nur, daß diese Abbildung der Heterogenität der linksextremistischen Szene nicht ansatzweise gerecht wird. Noch bevor er das Buch überhaupt aufgeschlagen hat, wird dem Leser so ein bestimmter Eindruck vermittelt: der Eindruck nämlich, daß ein Linksextremist grundsätzlich nur in zweierlei Gestalt auftreten kann. Entweder ist er ein eigentlich unpolitischer Gewalttäter mit Verbindungen in die Kleinkriminellen- und Drogenszene (S. 45 f.), oder er ist ein zutiefst dogmatischer aber auch schizophrener Stalinist, zu dem sich altruistisch eingestellte Weltverbesserer fast zwangsläufig entwickeln würden (S. 29–31). Ebenso oberflächlich kommen die Extremismusdefinition und der Vergleich zwischen Links- und Rechtsextremismus daher. So sei der gemeinsame Nenner beider ideologischen Pole die Ablehnung des Pluralismus: „Ihre antipluralistische Gesinnung („Klassenlose Gesellschaft“, „Volksgemeinschaft“) hält das Gemeinwohl für vorbestimmt und gibt dem Kollektiv grundsätzlich Vorrang vor Individualismus („Du bist nichts, Dein Volk ist alles“), den sie dekadent nennen.“ (S. 15) Zwar stimmt es, daß Antipluralismus ein Zeichen von Demokratiefindlichkeit ist, aber es scheint fraglich, inwiefern das Anstreben einer klassenlosen Gesellschaft, wenn es sich beispielsweise nur auf ökonomische Bedingungen sowie Chancen- und Bildungsgleichheit bezieht, also soziale Ungleichheiten zu verhindern strebt, überhaupt notwendig antipluralistisch genannt werden kann, solange sie nicht in einem kommunistischen Kontext verwirklicht werden soll. Zudem dürften nur dogmatische Marxisten nach einem Kollektiv streben, in welches das Individuum im vollendeten Kommunismus schließlich aufgehen soll. Gerade politische Autonome und undogmatische Linke distanzieren sich von Hierarchien und propagieren die freie Entfaltung der Individualität. Auch das genannte „Volks“-Beispiel findet sich in dieser Formulierung wohl überhaupt nicht im Repertoire linksextremistischer Gruppen, egal welcher Couleur. Peu a peu werden im Verlauf des Werkes zwar noch weitere Merkmale des Extremismus genannt, diese dürften jedoch kaum noch den Weg ins Bewußtsein des Lesers finden. Zur an sich wichtigen Unterscheidung von Links- und Rechtsextremismus wird von den Autoren anschließend vielwissend angeführt: „Dennoch beschäftigen sich weite Teile von Politik- bzw. Sozialwissenschaften und die Politische Bildung kaum mit dem Linksextremismus. Gerade darin unterscheidet sich der Linksextremismus vom Rechtsextremismus. Der Linksextremismus in Deutschland ist ein Randthema.“ (S. 11) Auf einem ähnlichen Niveau wird die Diskussion über die Berechtigung des Begriffs Linksextremismus für beendet erklärt: „Insbesondere wer den Begriff ‚Rechtsextremismus‘ nutzt, kann die Existenz des Linksextremismus schwerlich bestreiten und Vergleiche von Links- und Rechtsextremismus kategorisch ausschließen, weil beide einander schon sprachlich implizieren. Anders formuliert: Ohne Rechtsextremismus existiert kein Linksextremismus und umgekehrt.“ (S. 16).

van Hüllen gestrichen werden müssen, da sie unbewiesene Tatsachenbehauptungen seien. So seien einige Beweise „unzureichend“, auch wenn sie aus Mitteilungen von Behörden stammen. Trotzdem ist der Prozeß für die MLPD höchstens als Teilerfolg zu werten, da der Großteil ihrer Klagepunkte abgewiesen wurde und sie und ihr Vorsitzender Stefan Engel den Hauptteil der Prozeßkosten zu tragen haben. Die Äußerungen der Vorsitzenden Richterin weisen dennoch auch auf die teils fragwürdige Beweisführung im Umfeld des Verfassungsschutzes hin. Siehe dazu: „Splitterpartei bleibt Sekte“, URL: <http://taz.de/MLPD-klagt-gegen-Autor/!114384/>, Zugriff am 03.05.2013; „Marxisten gegen Schlapphut“, URL: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-91675474.html>, Zugriff am 03.05.2013.

Auch in den folgenden Abschnitten hat man oftmals das Gefühl, daß dem Leser bestimmte, einseitige Sichtweisen vermittelt werden sollen. Das betrifft scheinbar nebensächliche Erwähnungen wie „Wo das Kürzel ‚Antifa‘ als Bestandteil von Gruppennamen auftaucht, kann man mit großer Sicherheit davon ausgehen, gewaltbereite Autonome vor sich zu haben“. (S. 60) Oder es wird suggeriert, daß die Devise Rosa Luxemburgs folgendermaßen lautete: „Freiheit ist maximal die Freiheit des andersdenkenden Sozialisten.“²¹ (S. 25) Eventuell ist diese Interpretation des ursprünglichen Satzes von Luxemburg sogar zutreffend, jedoch müßte er auch ausdrücklich als Auslegung erkennbar sein, die vom Leser nicht fälschlicherweise für das Original-Zitat gehalten werden kann. Ebenso wird mit „Gewalt als Geburtshelfer einer neuen Gesellschaft“ angeblich aus dem Kommunistischen Manifest zitiert (S. 34). Dabei lautet das Original vielmehr: „Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht.“ Dieses Zitat stammt aus dem Kapital²² und ist durchaus anders interpretierbar. Leichtfertig sind aber auch Aussagen wie: „Die Konfrontation solcher ‚Wehrverbände‘, wie sie heute militante Neonazi-Kameradschaften auf der einen und die autonome Antifa auf der anderen Seite darstellen, hatte in der Weimarer Republik bis nahe an den Bürgerkrieg geführt.“ (S. 61 f.) Indem die bürgerkriegsähnlichen Zustände von vor 1933 in die heutige Zeit projiziert werden, wird beim Leser Angst geschürt. Daß die gewaltsamen Auseinandersetzungen am Anfang der 1930er-Jahre quantitativ ganz andere Ausmaße hatten als heutzutage, erwähnen die Autoren nicht!

Aber es kommt auch eine Doppelmoral zum Vorschein, wenn beispielsweise der Partei Die Linke vorgeworfen wird, auf ihrem Gründungsparteitag 2007 unter anderem mit Vertretern der kommunistischen Parteien Chinas und Rußlands Länder begrüßt zu haben, „die politisch Andersdenkende verfolgen“ (S. 130). Davon abgesehen, daß solche Gäste bei Parteiveranstaltungen auf den Wähler zu Recht nicht sehr ansprechend wirken dürften und daß die KP in Rußland seit zwanzig Jahren nicht mehr an der Regierung ist, ist die Aussage insofern beachtlich, als die Bundesrepublik mit beiden Ländern starke und enge Beziehungen bis hin zu Regierungskonsultationen führt²³ (was im Falle Chinas gleichbedeutend mit der KP ist). Ähnlich interessant, zumindest in bezug auf die Ideologie, wirken die von den Autoren beschriebenen personellen Kontinuitäten in der Frühphase der DDR als Teilursache für den heutigen Rechtsradikalismus in den neuen Bundesländern. Dies war jedoch in der alten Bundesrepublik nicht anders. Allerdings agierten hier ausschließlich „Richter“ und andere „ehemals tiefbraune Nationalsozialisten[,] [...] die [zwar] gläubige Anhänger Hitlers [...], aber meist an keinen Verbrechen direkt beteiligt waren“. (S. 173) Durch das Hervorheben der Kontinuitäten in der DDR und dem zusätzlichen Herunterspielen dieser in der BRD, wird hier ein typisches aus dem Kalten Krieg stammendes „antifaschistisches“,

21 Demgegenüber lautet das originale Zitat in seinem Zusammenhang: „Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei – mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer Freiheit des Andersdenkenden. Nicht wegen des Fanatismus der ‚Gerechtigkeit‘, sondern weil all das Belebende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung versagt, wenn die ‚Freiheit‘ zum Privilegium wird.“; siehe Luxemburg, Rosa: Zur russischen Revolution. In: Gesammelte Werke. Band 4. Berlin (Ost) 1983, S. 359, Anmerkung 3.

22 Siehe Marx, Karl: Das Kapital, Band 1, siebenter Abschnitt: Der Akkumulationsprozess des Kapitals. MEW 23, 1867, S. 779.

23 Vgl.: Gemeinsame Erklärung zu den zweiten Deutsch-Chinesischen Regierungskonsultationen, URL: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2012/08/2012-08-30-dt-chin-erklaerung.html>, Zugriff am 19.06.2013; vgl. Regierungskonsultationen mit Rußland, URL: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Aktuelle_Artikel/RussischeFoederation/121116-Regierungskonsultationen.html, Zugriff am 19.06.2013.

gegen die Bundesrepublik verwendetes Totschlagargument im Verhältnis eins zu eins vom Marxismus-Leninismus übernommen und gegen die DDR eingesetzt.

Während Sascha Dietze das herrschende Wirtschafts- und Gesellschaftssystem in Ansätzen unkritisch idealisiert, um Distanz zur MLPD-Agitation aufzubauen, gehen Bergsdorf und van Hüllen eher den direkten Weg, indem sie vor allem der Partei Die Linke jegliches demokratische Verhalten absprechen – selbst in Fällen, in denen ihr Vorgehen absolut den gängigen parlamentarischen Umgangsformen entspricht. „Um den ‚Kapitalismus‘ und seine Vertreter zu verunglimpfen, um sich selbst zum demokratischen Gralshüter zu stilisieren, nennt die ‚Linke‘ eine Politik, die ihr missfällt, gern ‚verfassungswidrig‘ – einer Partei, die aus einer Diktaturpartei hervorgegangen ist, fällt es möglicherweise schwerer, politischen Pluralismus zu akzeptieren. Statt konstruktive Kritik zu äußern, wie sie zur Demokratie gehört, versucht die ‚Linke‘, konkurrierende Parteien zu diskreditieren.“ (S. 115) Obwohl dies sicherlich keine guten Umgangsformen sind, entspricht die hier an der Partei Die Linke kritisierte Polemik durchaus den Gepflogenheiten im Parteienstreit, zumal man in den oft hitzig geführten Debatten selten konstruktive Kritik vernimmt. „Mit dem Ziel, sich als einzig wahre Alternative zu allen relevanten Parteien zu präsentieren, wettet die ‚Linke‘ gegen ein angebliches Kartell der sozialen Kälte aus SPD und CDU/CSU, Grünen und FDP. Das angebliche Parteienkartell böte keine Möglichkeit, zwischen verschiedenen politischen Richtungen zu wählen.“ (S. 115) Daß sich auch andere Parteien mit ähnlich populistischen Äußerungen gegen politische Konkurrenten abzugrenzen suchen, deutete erst jüngst die Aussage von FDP-Chef Philipp Rösler an, der seine Liberalen als die letzte Partei der politischen Mitte pries, die sich gegen einen linken Zeitgeist zu stemmen habe.²⁴ Man könnte solch ein Gebaren durchaus als stumpfsinnigen Populismus abtun, der nicht sehr hohe Ansprüche an die Intelligenz des Wählers zu stellen scheint. Als linksextremistische oder gar verfassungsfeindliche Äußerungen lassen sich die hier angeführten Aussagen jedoch nicht auslegen.

Die Argumentation nimmt bisweilen auch skurrile Züge an, etwa wenn die Autoren die breite Basis der Linkspartei in den neuen Bundesländern auf die von der SED übernommene Netzwerk- und Infrastruktur zurückführen. So verfügte die PDS schließlich von Anfang an unter anderem über „eigene [...] Büros, Kopierer, Telefone“ (S. 96) usw. Mehrfach erwähnen die Autoren, daß eine Hauptursache für den starken Rechtsextremismus in der ehemaligen DDR die „geistig-moralische Hinterlassenschaft“ einer „areligiöse[n] Gesellschaft“ (S. 124) sei. Verantwortungslos wird die Argumentation von Bergsdorf und van Hüllen jedoch, wenn sie der Linkspartei vorwerfen, mit der Forderung nach mehr Bürgerentscheiden, die Unregierbarkeit und damit den Kollaps der parlamentarischen Demokratie in Deutschland anzustreben. „Deshalb plädiert sie für mehr Bürgerentscheide und fordert, gesellschaftliche Gegenkräfte zu fördern. Sie will die parlamentarische Demokratie offenbar durch geradezu demokratische Überforderung schwächen. Dadurch will sie die Macht gewählter Parlamente verringern und die bundesdeutsche Demokratie zu einer kaum regierbaren Vetokratie umwandeln.“ (S. 114). Nicht nur, daß dies schon ein wenig nach Verschwörungstheorie klingt, – eigentlich ein Erkennungszeichen für Extremismus! – es diskreditiert zugleich in allen Landesverfassungen der Bundesrepublik vorgesehene Entscheidungsfindungsprozesse und auch deren Träger. Die Initiatoren und Interessengemeinschaften, die hinter Volksentscheiden stehen, stammen wahrlich nicht nur aus dem linksra-

24 „Rösler sieht in FDP einzige Partei der Mitte“, URL: http://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/thema_nt/article106210803/Roesler-sieht-in-FDP-einzige-Partei-der-Mitte.html, Zugriff am 19.06.2013.

dikalen Spektrum, sondern, wie die letzten Jahre eindrucksvoll gezeigt haben, größtenteils aus dem gutbürgerlichen Lager.

Ähnlich verhält es sich mit der Auseinandersetzung um die strikte Ablehnung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr und Kriegen im Allgemeinen durch Die Linke. So wird ihr vorgeworfen, daß sie sich in ihrem Programmwurf gegen Demokratie und Soziale Marktwirtschaft wende, indem sie bemängelt, daß mächtige Fraktionen der Machteliten der Vereinigten Staaten die globale Vorherrschaft zum Ziel hätten, die EU zunehmend aggressiv versuche, in der weltweiten Auseinandersetzung um Macht, Einfluß und natürliche Ressourcen ihre Stellung auszubauen und Kriege, einschließlich präventiver Angriffskriege, wieder als taugliche Mittel der Politik gelten würden. Außerdem würde der Schutz der Menschenrechte dazu mißbraucht, Kriege zu legitimieren (S. 130 f.). Sicherlich sollte über das Für und Wider von militärischen Einsätzen diskutiert werden können. Auch gibt es mitunter wichtige Gründe, militärisch zu intervenieren. Was die Autoren hier jedoch betreiben, ist die grundsätzliche Ablehnung einer kritischen Sicht auf Kriegseinsätze, die mit dem Verweis auf wirtschaftliche und politische Interessen begründet wird. Dabei ist es wahrlich kein Zeichen von Extremismus, der Meinung zu sein, daß Kriegseinsätze heute vordergründig nicht immer der humanitären Hilfe dienen. Verwiesen sei hier beispielsweise auf die Aussage Horst Köhlers, die zu seinem Rücktritt vom Amt des Bundespräsidenten geführt hat.²⁵ Als Beleg für die Ansichten einiger US-amerikanischer Politiker zur führenden Rolle ihrer Nation in der Weltpolitik reicht an dieser Stelle ein kurzer Verweis auf die Wahlkampfauftritte des kürzlich gescheiterten republikanischen Präsidentschaftskandidaten Mitt Romney.²⁶ Auch hier werden mit dem einseitigen und zu kurz greifenden Hinweis auf die Linkspartei andere kritische Stimmen aus der Mitte der Gesellschaft zu Unrecht in die linksextremistische Ecke gestellt. Man könnte an diesen Beispielen – Ablehnung von Bürgerentscheiden sowie Beanstandungen an der Kritik an Kriegseinsätzen – durchaus den Eindruck gewinnen, daß die Autoren selbst, zumindest in den angeführten Fällen, den Pluralismus und die gelebte Demokratie nicht ganz so hoch schätzen, wie sie vorgeben – zumal dann, wenn es sich dabei um ihnen eventuell nicht ganz so genehme Sichtweisen handelt.

Die hier angeführten Punkte könnten ohne weiteres noch ergänzt werden. Es gibt eine Vielzahl von Textstellen, die belegen, daß sich die Autoren nicht immer an ihre eigenen Vorgaben zum wissenschaftlich neutralen Umgang mit dem Thema gehalten haben: „[...] sachliche und sachkundige Aufklärung über Linksextremismus und sein Umfeld [...]“ (S. 159) zu leisten. So wird neben unseriösen Kommentaren (siehe oben) auch dem wissenschaftlichen Standard, Behauptungen und paraphrasierte Zitate zu belegen, nicht immer in vollem Umfang nachgekommen. Zwar finden sich – gerade für den interessierten Laien – auch wertvolle Erkenntnisse in dem Buch, die jedoch an einigen Stellen zu polemisch ausfallen und leider auch nicht frei von Manipulationen und Halbwahrheiten sind. Statt „mit gelassener Entschlossenheit“ (S. 7) zu agieren, befeuern die Autoren die teilweise heftig geführte Extremismusdebatte eher noch mit zum Teil skurrilen, einseitigen und verfassungsrechtlich fragwürdigen Aussagen.

Daß sich am Extremismusbegriff – vor allem dessen Anwendung auf linke Ideen, Organisationen und Praxen – die Geister nicht nur scheiden, sondern auch Anstoß neh-

25 „Die Angriffe auf mich waren ungeheuerlich“, URL: <http://www.sueddeutsche.de/politik/horst-koehler-ueber-seine-ruecktrittsgruende-die-angriffe-auf-mich-waren-ungeheuerlich-1.1106466>, Zugriff am 19.06.2013.

26 „US-Wahlkampf: Romney probt Weltenlenker“, URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/us-praesidentschaftskandidat-romney-attackiert-obama-in-aussenpolitik-a-860182.html>, Zugriff am 19.06.2013.

men, zeigt ein 2012 von den Politikwissenschaftlern und Journalisten Susanne Feustel, Jennifer Stange und Tom Strohschneider herausgegebener Sammelband. Dieser fragt und antwortet zugleich schon im Titel bagatellisierend: „Verfassungsfeinde? Wie die Hüter von Denk- und Gewaltmonopolen mit dem ‚Linksextremismus‘ umgehen“. Selbstverständlich ist das Rechts-Links-Kontinuum zu eindimensional, erfährt wichtige gesellschaftliche Konfliktstrukturen gar nicht, und das Hufeisenmodell macht es sich, wie einführend bereits kurz skizziert, zu einfach, indem es Rechts- und Linksextremismus nur noch aufgrund ihrer ideologischen Inhalte voneinander unterscheidet. Dennoch geht die hier in gewissen Punkten unterstützenswerte Argumentation der (Links)Extremismusbegriff-Gegner dahingehend zu weit, daß sie schlicht polemisch und selbst auch ideologisch gefärbt ist –ein Vorwurf, den sie wiederum den Verfassungshütern machen.

Spätestens im Vorwort wird dem Leser deutlich, was ihn auf den nächsten 150 Seiten erwartet: ein Sammelsurium von Beiträgen pro-linker Sozialwissenschaftler, Rechtsanwältinnen und Journalisten – allen voran Tom Strohschneider, der seit Anfang 2013 Chefredakteur der sozialistischen Tageszeitung Neues Deutschland ist. Dabei eint alle die Behauptung, der Begriff des Linksextremismus sei ein „disqualifizierend gemeintes Verdikt“ (S. 7). Es mag situationsabhängig zutreffen, daß mit dem „Kampfinstrument“ (Strohschneider) linke Denkweisen delegitimiert, diffamiert und kriminalisiert werden (S. 8), zum Beispiel durch die Extremismusklausel. Diese Argumentation folgt jedoch einem Freund-Feind-Schema (pikanterweise eines der Merkmale des politischen Extremismus), weil sie im Umkehrschluß bedeutet: „linksextreme Ideen“ dürfen auf keinen Fall kritisiert werden, weil es sich dabei um „gute“ Ideen handelt. Das stimmt im Grunde auch, denn im Gegensatz zum Nationalsozialismus, beinhalten linke Gesellschaftsvorstellungen eigentlich oder auch „Gutes“. Dies liegt daran, daß der „sozialistische Traum“ schlicht mehr Lesarten zuläßt, als der „nationalsozialistische Zivilisationsbruch“.²⁷ Das ist gefährlich, denn beide Systeme weisen mörderische Parallelen in der Praxis auf. Dennoch wird der Kern des Nationalsozialismus in der Ungleichwertigkeit der Menschen erkannt, während der ideologische Kern der dazu in Kontrast stehenden kommunistischen Fundamentalgleichheit in Form von Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität unbestreitbar humanere Ziele formulierte.²⁸ In der Praxis galten und gelten diese Ziele jedoch nur für Anhänger des Systems, wodurch eine ähnliche, jedoch qualitativ andere Art von Diskriminierung bestimmter sozialer Gruppen („feindliche Elemente“) ausgeübt wurde: eine Zwangshomogenisierung. Linksextremismus wird somit spätestens dann inakzeptabel, wenn seine Träger anti-plural, anti-demokratisch, anti-tolerant und militant auftreten. Der Zweck heiligt eben auch bei „guten“ Ideen noch lange nicht die Mittel.

Während unter anderem Jennifer Stange den Extremismusbegriff eruiert und ablehnt, Tom Strohschneider anhand der Beobachtung der Partei Die Linke den bloßen Kampfcharakter des Begriffes aufzudecken meint, arbeitet sich der Marxist Freerk Huisken an der „Mobilisierung gegen Linksextremismus in Schulen“ ab. Auch für diesen Beitrag gilt, daß er durchaus gute Argumente liefert. Demnach wird durch das Curriculum in Schulen dem „Neo-Faschismus“ eine Absage erteilt und die Demokratie als eine Errungenschaft, ja als ein Wert, und nicht nur als eine Herrschaftsform gelehrt. Wozu, so fragt Huisken, dann noch Anti-Linksextremismus? Doch durch seine Polemisierung schießt Huisken weit über das Ziel hinaus. So spricht er von einem den Jugendlichen „geistig-moralisch“ verpaßten Panzer, der immun mache gegen jede Systemkritik und

27 Sabrow, Martin: Die DDR erinnern. In: ders. (Hrsg.), Erinnerungsorte der DDR. München 2009, S. 11-27, S. 13.

28 Ebd.

echauffiert sich, daß den Schülern heutzutage bereits eine Skepsis gegenüber jedem Wahrheitsanspruch vermittelt werde und sie mit einem „üblen geistigen Totschläger“ ausgerüstet würden (S. 60). Er offenbart damit ungewollt seinen Dogmatismus, der einigen linken Strömungen inhärent ist. Immerhin wird Huisken dem im Vorwort anvisierten Ziel – ein „kritisches Licht“ auf die Extremismusbekämpfer zu werfen, „die einen symbolischen und repressiven Kreuzzug im Namen der bestehenden Verhältnisse führen“ (S. 9) – mehr als gerecht. Wissenschaftlich ist das nicht, schon gar nicht, wenn er die Klassifizierung von Linksextremen der Sozialwissenschaftler und Verfassungshüter für „albern oder wahnhaft“ (S. 62) erklärt.

Insgesamt wird von den in dem Sammelband vertretenen Autoren immer wieder eine Verharmlosung jeglicher linker Ideen und Praxen vorgenommen, indem suggeriert wird, daß jeder, der „sich gegen die Mehrheit stellt, [...] folglich [...] extrem“ (S. 144) sei und als solcher gebrandmarkt werde. Von ihnen selbst werden „Linksextreme“ als lediglich (im Luxemburgischen Sinne) „politisch Andersdenkende“ gezeichnet, was jedoch das umgekehrte Extrem der Darstellung des grundsätzlich „bösen Extremisten“ (S. 131) ist. Der Staat sehe sich im Angesicht linker Ideen in seiner Existenz bedroht. Dabei handelt es sich um ein tradiertes Argument, nämlich daß das Gewaltmonopol des Staates jeglichen Widerstand gegen das System pathologisieren, infantilisieren, entpolitisieren und schlußendlich kriminalisieren würde. Reale Ängste würden somit schlicht als Neurosen und linke Akteure als Gefahr für die öffentliche Ordnung deklariert.²⁹ Auch dieses Argument läßt sich nicht gänzlich wegwischen. Zweifelsfrei sind nicht alle „Linken“ per se „böse Extremisten“, aber eben auch nicht alle lediglich politisch andersdenkend. Das aber will das vorliegende Buch suggerieren. Dies ist ein immer wieder kehrendes Argumentationsmuster, jüngst angewandt von der Autonomen Antifa München im Zuge der Veröffentlichung des Bayerischen Verfassungsschutzberichts für 2012. Sie fordert ein Ende der angeblichen „Diffamierung antifaschistischer und antirassistischer Gruppen“, denn auch sie seien „unverzichtbarer Teil eines gesamtgesellschaftlichen Engagements gegen Rassismus und rechte Gewalt und damit für eine offene, demokratische Gesellschaft“³⁰. Eine Auseinandersetzung mit der Positionierung mancher linker Strömungen zu diktatorischen Herrschaftsformen, der mörderischen Komponente des Kommunismus sowie mit der Gewaltfrage findet in Verfassungseinde überdies nicht statt. Wäre dies der Fall gewesen, müßten die Autoren sich wohl auch eingestehen, daß die Deklaration als linksextremer „Verfassungsfeind“ zumindest dann mehr als gerechtfertigt wäre. Denn seit wann ist das Eintreten für eine Diktatur – wenngleich für die angeblich „gute Sache“ –, die Verklärung von Millionen Todesopfern sowie gewalttätiges Vorgehen in irgendeiner Weise als „abweichende Denkweise“ zu beschönigen?

Von Dietze einmal abgesehen, liegt allen bisher dargestellten Büchern schon ein gewisses Freund-Feind-Denken zugrunde. Es entsteht oftmals der Eindruck, den Leser nicht allumfassend informieren zu wollen, um ihn etwa zum Denken anzuregen, sondern ihn mit einseitiger Darstellung in eine Frontstellung zu rücken. Der von Ulrich Dovermann herausgegebene Sammelband Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland setzt sich davon erfreulicherweise ab. Zwar kann auch er keine zufriedenstellenden Antworten auf die in der Einführung aufgeworfenen Fragen geben, jedoch bemüht sich der Herausgeber wenigstens um ein differenziertes Bild des „Linksextremismus“, was sich in der Aufnahme von Texten verschiedenster Autoren widerspie-

29 Vgl. Gross, Almut/Schultze, Thomas: Die Autonomen. Ursprünge, Entwicklung und Profil der Autonomen. Hamburg 1997, S. 36.

30 Autonome Antifa München: Diffamierung antifaschistischer Gruppen im VS-Bericht stoppen!. URL: <http://antifa-nt.de/>, Zugriff am 17.04.2013.

gelt. Der Sammelband enthält Beiträge von Referenten des Verfassungsschutzes wie auch von anderen Sozialwissenschaftlern. Während Armin Pfahl-Traughber beispielsweise die Hauptaktionsfelder des Linksextremismus näher beleuchtet und auch auf die sich darin äussernde Gewalt eingeht³¹, verweist Rainer Erb auf die unterschiedlichsten Strömungen innerhalb der linken Szene oder den Unterschied zwischen theoretisch reflektierten und spontan aktionistischen Szenemitgliedern, der in den letzten Jahren auch durch eine zunehmende Bildungskluft zwischen diesen immer größer zu werden scheint.³² Besonders hervorzuheben ist der ideengeschichtliche Beitrag von Hans-Gerd Jaschke.³³ Darin beleuchtet er die vielfältigen Ursprünge, Strömungen und Einflüsse sowie die Geschichte der linken bzw. linksextremistischen Bewegung. Eine solche differenzierte Darstellung der Entwicklung der letzten 200 Jahre scheint gerade für die gewissenhafte Auseinandersetzung mit dem gegenwärtigen Linksextremismus unabdingbar. Den passenden Abschluß des Bandes bildet ein Streitgespräch zwischen Richard Stöss und Uwe Backes. Beide vertreten zu speziellen Aspekten des Themas, sei es zur Verfassungstreue der Partei Die Linke oder zum politischen Background autonomer Gewalttäter, oftmals gegensätzliche Positionen. Gewiß kann dieses Gespräch, wie das gesamte Buch, die aufgeworfenen Fragen nicht vollständig beantworten, aber zumindest wird der Leser in die Lage versetzt, sich auf der Grundlage verschiedener Positionen zum Thema ein eigenes Urteil zu bilden. Statt ideologische Abgrenzung zu befördern, trägt dieser Sammelband zu einer pluralistischen Meinungsbildung bei. Wer sich näher mit linken Strömungen beschäftigt, wird sich schnell Gero Neugebauer, Ingo Matuschek et al. anschließen. Sie vertreten die Meinung, daß ein „allumfassendes Etikett Linksextremist“ aufgrund der Heterogenität der Szene kaum einen Erkenntnisfortschritt bieten kann, da die „Vielfalt an Einstellungen und Orientierungen [...] verdeutlicht, daß stringente und eindimensionale Definitionsversuche, was ‚Links sein‘ nun eigentlich sei, zum Scheitern verurteilt sind“.³⁴ In der Tat erscheint der Begriff „Linksextremismus“ und seine Subsumtion sich mitunter widersprechender Strömungen nicht zufriedenstellend und sollte maximal als eine erste, sehr grobe Annäherung verwendet werden. Daß „Linksextremismus“ jedoch laut Neugebauer kein eigener Forschungsgegenstand sein soll, ist alles andere als hilfreich, um nicht zu sagen falsch. Man mag, wie Jennifer Stange in *Verfassungsfeinde* nicht vollkommen zu Unrecht anmerkt, kritisieren, daß der Extremismusbegriff – und somit auch der Linksextremismus-Begriff – „mit ideologischem Ballast beladen“ (S. 10) sei. Die Erforschung diffiziler linker Einstellungs- und Verhaltensweisen – die nun mal mehr schlecht als recht (noch) unter dem Begriff „Linksextremismus“ firmieren – im Gegenzug aber zu negieren, würde in seiner Konsequenz schließlich auch bedeuten, daß es diese gar nicht gibt. Darüber hinaus würde damit rigoros vernachlässigt, daß linke Ideen gesellschaftlich-relevante wichtige Themen in den Blick nehmen. Deren Akteure fungieren daher quasi als Seismograph gesellschaftlicher Probleme („Anti-Faschismus“, Anti-Rassismus, Anti-Umstrukturierung etc.). Themen, die vor allem was den Kampf gegen den Rechtsextremismus betrifft, auch Handlungsfelder anderer zivilgesellschaftlicher Akteure darstellen.

31 Pfahl-Traughber, Armin: „Antifaschismus“, „Antiglobalisierung“ und „Antirepression“: Handlungsfelder des Linksextremismus in Deutschland. In: Dovermann, Ulrich (Hrsg.): *Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland* (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 1135). Bonn 2012, S. 163–181.

32 Erb, Rainer: Die linke Szene in Berlin als Herausforderung für die politische Bildung. In: Ebd., S. 201–230.

33 Jaschke, Hans-Gerd, Ideengeschichtliche Vorläufer eines linken Extremismus. In: Ebd., S. 31–47.

34 Matuschek, Ingo/Krähnke, Uwe/Kleemann, Frank/Ernst, Frank: *Links sein. Politische Praxen und Orientierungen in linksaffinen Alltagsmilieus*. Wiesbaden 2011, S. 251.

Die Klassifizierung von Autonomen, Hausbesetzern, Marxisten etc. als schlicht Linksextreme darf insofern nicht mehr, aber auch nicht weniger als eine Arbeitshilfe sein. Jegliche Spezifizierung und stetige Feinjustierung basiert aber oftmals auf anfänglich noch gering differenzierenden Annahmen. Die Klassifizierung dessen, was unter den Begriff des Linksextremismus fällt sowie die Begrifflichkeit selbst, muß daher zwingend modifiziert werden. Ein derartiges Vorgehen ist gängige Praxis des wissenschaftlichen Denk- und Entwicklungsprozesses. Deshalb ist auch die Bezeichnung von Linksradiكالen als Linksextremisten nicht grundsätzlich als „albern oder wahnhaft“ abzutun, wie bei Huisken im Sammelband *Verfassungsfeinde?* geschehen. Einen Alternativvorschlag sucht man dort übrigens vergebens, da zumindest eine als diffamierend empfundene Bezeichnung linker Ideen grundlegend abgelehnt wird.

Vielleicht wäre in diesem Zusammenhang eine Erweiterung der von Bergsdorf und van Hüllen konstatierten und weit verbreiteten Annahme der zwei „Großfamilien des Linksextremismus“ ratsam. Bei diesen handelt es sich zum einen um die orthodoxen Marxisten und zum anderen um die Autonomen/Anarchisten. Diese Einteilung könnte als erster Schritt zu einer differenzierteren Darstellung des linksextremistischen Milieus um die Gruppe der „Undogmatischen-Organisationsorientierten“ ergänzt werden, die unter anderem durch den Zusammenschluß verschiedener Gruppen in dem Organisationsprojekt Interventionistische Linke (IL) repräsentiert wird. So distanziert sich beispielsweise die Gruppe „Avanti – Projekt undogmatische Linke“ als Mitglied der IL selbst von der Autonomenszene, aus der sie teilweise hervorgegangen ist, und zugleich von einem festen marxistischen Rahmen sowie Vorbildern aus den untergegangenen sozialistischen Staaten. Dies wird einerseits mit Organisationsfeindlichkeit und subkultureller Beschränkung in der autonomen Szene und andererseits mit der zentralistischen Organisation in ausgeprägten Hierarchien im orthodox-erstarrten Marxismus begründet.³⁵ Diese Undogmatisch-Organisationsorientierten konstituieren demnach durch ihre Abgrenzung zu den zwei ersten „Großfamilien“ selbst eine mögliche dritte Säule des Linksextremismus. Darüber hinaus scheint es auch ratsam, innerhalb der Kategorie der Autonomen eine Differenzierung vorzunehmen: Modifiziert nach Saskia Lützing³⁶ könnte man – so unser erster Vorschlag – erstens von politisch-aktionsorientierten Autonomen sprechen, die ideologisch-motivierte Straftaten durchführen und dementsprechende Einstellungen aufweisen. Des Weiteren könnte ein weiterer Teil als politisch-aktionslose Autonome bezeichnet werden, die keine ideologisch-motivierten Straftaten durchführen, diese von Dritten aber tolerieren und linksextrem eingestellt sind.³⁷ Als dritte Gruppe könnten Pseudoautonome ohne tiefere ideologische Durchdringung firmieren. Pseudo deshalb, weil sie zwar vermeintlich dem von Autonomen mehrheitlich gezeichneten Bild der Steineschmeißer ohne tiefere politische Forderungen entsprechen, aber politische autonome Ansichten nicht wirklich vertreten. Zu dieser Gruppe könnte man sogenannte Krawalltouristen auf politischen Großevents zählen bzw. ein Personenpotential, das sich sporadisch mobilisieren lässt und damit quasi als aktionsorientierter Sympathisant der Szene bezeichnet werden könnte.

35 AVANTI Grundsatzpapier, beschlossen auf der Vollversammlung in Flensburg, 15/16. Mai 2004, letzte Änderungen beschlossen im Dezember 2006, S. 8.

36 Vgl. Lützing, Saskia: *Die Sicht der Anderen. Eine qualitative Studie zu Biographien von Extremisten und Terroristen*, Köln 2010, S. 14.

37 Nun könnte eingewandt werden, inwiefern es Sinn macht, Autonome, die nicht gewaltbereit auftreten noch als Autonome zu bezeichnen. Dem ist zu entgegnen, dass sich darin das Manko offenbart, dass Autonome fälschlicherweise allein über ihr Gewaltverhalten definiert werden. Es sollte jedoch auch ihr positives Alleinstellungsmerkmal gegenüber den dogmatischen und undogmatischen Linken sowie den Antifa- und Anarchisten-Gruppen betont werden: ihre Freiraumstrategie.

Neben einer adäquateren Ausdifferenzierung der linksextremistischen Szene(n) gilt es, sich auch den Problemen des umstrittenen Extremismusbegriffs zuzuwenden, der bis dato leider ausschließlich mit dem Hufeisenmodell von Backes/Jesse assoziiert wird. Unseres Erachtens könnte es sich als dienlich erweisen, den von Samuel Salzborn vertretenen Ansatz aufzunehmen, den „Extremismusbegriff nicht in Gänze aufgrund seiner normativen Verklärungen zu verwerfen“³⁸, sondern ihn kritisch zu diskutieren und von einem statischen zu einem dynamischen Extremismusbegriff zu gelangen. Das Potential des Extremismusbegriffs ist zweifellos größer, wenn man wie Salzborn auf Seymour Martin Lipset zurückgreift, der als zentrales Kennzeichen von Extremismus bereits 1960 eine antiplurale und monistische Weltanschauung indizierte. Damit könnte eines der gegenwärtigen Hauptprobleme des Extremismusbegriffs dahingehend umschifft werden, daß Extremismus eben auch in der Mitte der Gesellschaft anzutreffen ist und nicht, wie suggeriert, ausschließlich an den politischen Rändern (das mahnt, wie eingangs dargelegt, auch die politische Linke an). Ergänzend dazu führte Lipset den in bezug auf Theodor Geiger systematisierten Begriff des *extremism of the center* ein, der besagt, daß in jeglichen politischen Strömungen moderate und extreme Elemente existieren. Dem dynamischen Extremismusbegriff zufolge liegt Extremismus dann vor, wenn der Vorrang des Individuums im demokratischen Pluralismus abgelehnt wird, also wenn Minderheiten nicht mehr beachtet würden. Damit würde „Antipluralismus und Monismus zur Grundlage der Analyse“, während das „normative Postulat einer nicht-extremistischen Mitte“³⁹ grundlegend in Frage gestellt werde.⁴⁰ Mit der Anwendung des dynamischen Extremismusbegriffs lassen sich sicher nicht alle Fragen klären, aber er ist allemal ein notwendiger, weil weiterführender Schritt zur Analyse der Problemlagen.⁴¹

38 Salzborn, Samuel: Extremismus und Geschichtspolitik: In: *Jahrbuch für Politik und Geschichte* 2 (2011), S. 13–25, S. 14.

39 Ebd., S. 19.

40 Bergsdorf/van Hüllen haben insofern mit dem als gemeinsamen Nenner des Links- und Rechtsextremismus indizierten Anti-Pluralismus durchaus Recht, nur deren Begründung bleibt mangelhaft.

41 Wir möchten an dieser Stelle unseren Kollegen für die fruchtbaren Gespräche rund um das Thema Linksextremismus und die sich daraus ergebenden Anregungen danken.